

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses**  
**am 09.04.2019**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier  
Herr Jens Hüsemann  
Herr Erwin Jung  
Herr Carsten Krumhöfner  
Herr Frank Strothmann

SPD

Herr Erik Brücher  
Herr Dr. Michael Neu  
Herr Prof. Dr. Riza Öztürk  
Frau Frauke Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerald Gutwald  
Herr Harald Haemisch  
Frau Hannelore Pfaff

FDP

Herr Gregor vom Braucke

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens

Bürgernähe/Piraten

Herr Lars Büsing

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Herr Karl-Hermann Vagt

Von der Verwaltung:

Frau Schröter - Rechtsamt  
Frau Steinkötter - Rechtsamt, Schriftführerin, Tel.: 51-21 93  
Herr Scheele - Umweltamt  
Herr Kühlmann - Umweltamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Henrichsmeier, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Bürgerausschuss beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht genannt.

**Zu Punkt 1**            **Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Bürgerausschusses am 05.02.2019**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Bürgerausschusses am 05.02.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

-bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen-

---

**Zu Punkt 2**            **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

---

**Zu Punkt 3**            **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

**Zu Punkt 4**            **Beratung von Anregungen und Beschwerden**

**Zu Punkt 4.1**        **Windpark Hasselbach**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7663/2014-2020

Ein Vertreter der Initiative trägt vor, dass die Eingabe von der BV Senne-  
stadt an den BA verwiesen worden sei. Die Fraktionen seien von der Ini-  
tiative um Stellungnahme gebeten worden. Bisher habe es lediglich eine  
Antwort der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen gegeben. Der Petent  
fragt nach, ob über den Antrag bereits in einem anderen Gremium bera-  
ten worden sei und wie es weiter gehe.

Frau Schröter erklärt, dass der BA für Anregungen und Beschwerden  
zuständig sei und die Initiative mit ihrer Eingabe im Wesentlichen Infor-  
mationen fordern würde. Der BA sei nicht dafür zuständig bloße Auskün-  
fte zu erteilen. Auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes oder des  
Umweltinformationsgesetzes könnten Bürgerinnen und Bürger jederzeit  
Auskünfte beantragen.

Dennoch habe das Umweltamt umfangreich auf die Fragen der Initiative  
geantwortet. Dieses fünfseitige Papier könne nicht vor Ort im Einzelnen  
behandelt werden. Das Papier solle als Anlage zum Protokoll genommen  
werden und der Initiative zur Verfügung gestellt werden.

Ein Exemplar der Stellungnahme des Umweltamtes wird den Petenten  
vor Ort ausgehändigt.

Die Petenten überreichen ihrerseits noch eine ergänzende Stellungnah-  
me und bitten darum, diese den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu  
stellen. Frau Schröter erklärt, die Stellungnahme ebenfalls als Anlage  
zum Protokoll zu nehmen.

#### **Beschluss:**

**Die schriftlichen Ausführungen des Umweltamtes werden der Nie-  
derschrift als Anlage beigefügt. Die Petition ist damit erledigt.**

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

## **Zu Punkt 4.2**

### **Umgestaltung des Jahnplatzes - Sperrung für den motorisier- ten Verkehr**

#### **Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 8386/2014-2020

Der Petent trägt vor, dass die Verbindung der Fußgängerzonen nicht wei-  
terverfolgt werde. Für einen autofreien Jahnplatz spreche aus seiner  
Sicht:

1. **Verkehrskonzept:**

Der Jahnplatz sei kein Platz sondern eine Durchgangsstraße. Es  
sei zukünftig mit der Zunahme des Autoverkehrs zu rechnen.

2. **Platz- und Stadtentwicklung:**

Die Alfred-Bozi-Straße zerschneide den Jahnplatz. Ohne Autos  
gebe es andere Möglichkeiten den Platz zu gestalten, so dass er  
eine höhere Anziehungskraft hätte.

3. Umweltaspekt:

Die Lebensqualität würde steigen, die Verkehrssicherheit erhöht und ein besseres Klima am Jahnplatz geschaffen.

4. Fußverkehrsplan:

Der Fußverkehr würde wie ein Stiefkind behandelt, dabei sei zu Fuß gehen die gesündeste und ökologischste Fortbewegungsweise.

Die Stadt müsse erreichbar sein, der Autoverkehr könne dafür jedoch nicht ausschlaggebend sein.

Frau Schröter erläutert, dass der StEA in seiner Sitzung am 28.06.2018 die Verwaltung beauftragt habe, parallel zu dem Verkehrsversuch auf dem Jahnplatz, die städtebauliche Umgestaltung des Jahnplatzes vorzubereiten und durchzuführen. Dabei solle der Jahnplatz für den reduzierten Individualverkehr offengehalten werden, um die Erreichbarkeit des Einzelhandels sicherzustellen.

Die dauerhafte Sperrung des Jahnplatzes für den motorisierten Individual- und Durchgangsverkehr sei vom StEA intensiv diskutiert, aber im Ergebnis als derzeit nicht umsetzbar verworfen worden. In der letzten Woche habe der StEA einen erneuten Beschluss gefasst, wonach eine Neuaufteilung des Verkehrsraumes im Bereich des Jahnplatzes vorgesehen sei. Der motorisierte Individualverkehr solle auf jeweils eine Fahrspur reduziert werden.

Die Petition sei folglich von der aktuellen politischen Beschlusslage überholt und eine Überweisung an den StEA nicht mehr zielführend.

Herr Jung bedankt sich bei dem Petenten, schließt sich aber den Ausführungen von Frau Schröter an und spricht sich gegen eine Verweisung der Petition aus.

Herr Ridder-Wilkens spricht sich dafür aus, dass die gänzliche Stilllegung des Jahnplatzes angegangen werde, wenn die Stadtbahnlinie oberirdisch fahren würde. Zunächst müssten die Fördergelder verbraucht werden.

Herr vom Braucke merkt an, dass das Thema bereits im Fluss sei.

Frau Pfaff bedankt sich für die Petition und weist darauf hin, dass eine Sperrung für den motorisierten Verkehr nicht zu einem Tod der Innenstadt führen müsste. In anderen Städten hätten solche Maßnahmen zu einem Plus im Einzelhandel geführt. Frau Pfaff spricht sich für eine Verweisung an den StEA aus, um im zweiten Schritt einen autofreien Jahnplatz zu erreichen.

Herr Büsing findet den Antrag unterstützenswert. Die Petition solle im StEA behandelt werden, damit das Anliegen in Erinnerung bleibe.

Herr Prof. Dr. Öztürk wünscht sich ebenfalls einen autofreien Jahnplatz. Der Beschluss des StEA sei ein Kompromiss gewesen. Er befürwortet eine Verweisung an den StEA, um das Ziel eines autofreien Jahnplatzes auf der Agenda zu behalten.

Herr vom Braucke wundert sich über die Aussagen, da die Paprikakoalition über den Zeitplan und die Ausrichtung entscheiden würde.

Herr Prof. Dr. Öztürk versteht die Verweisung der Petition als symbolischen Akt. Aufgrund der Fördergelder gebe es derzeit keine andere Möglichkeit.

**Beschluss:**

**Die Petition wird an den StEA verwiesen.**

-bei fünf Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen-

-.-.-

**Zu Punkt 4.3**

**Einführung einer Baumschutzsatzung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8387/2014-2020

Ein Vertreter der Petenten erläutert den Sinn der angestrebten Baumschutzsatzung.

In Brake sei eine Doppeleiche einer Bebauung zum Opfer gefallen. Der Baum sei ein Stück Heimat von Brake gewesen und 109 Jahre alt. Ein alter Baum sei auch ein Kosmos für 300 verschiedene Pflanzen- und Tierarten. Naturschützer hätten versucht mit dem Eigentümer ins Gespräch zu kommen, wären aber nicht erfolgreich gewesen.

Eine Baumschutzsatzung würde den Anspruch anderer an einen Baum institutionell verankern.

In Brackwede sei ein Ahorn trotz des Protestes einiger Nachbarn gefällt worden. Wer keinen Haus- und Grundbesitz habe, habe aber auch Rechte, die es zu schützen gilt.

Das einzige Argument, welches gegen die Satzung spreche, wären die Kosten, die dafür entstehen würden.

Frau Pfaff führt aus, dass die Baumschutzsatzung von 1997 im Jahr 2002 abgeschafft worden sei. Da uns der Klimawandel einholen würde und es ums Überleben in den Städten gehen, solle die Eingabe an den AfUK verwiesen werden.

Herr Ridder-Wilkens unterstützt den Antrag und spricht sich für eine Verweisung direkt an den Rat aus.

Herr vom Braucke empfindet eine Baumschutzsatzung als einen zu großen Eingriff in das Eigentumsrecht. Der Baumbestand würde auch ohne Baumschutzsatzung in Bielefeld wachsen.

Herr Jung findet, man habe die letzten Jahre auch gut ohne Baumschutzsatzung gelebt. Die Beispiele des Petenten seien Einzelfälle. Er habe die Befürchtung, dass Bäume gefällt würden, bevor sie über die Grenze kommen und unter die Satzung fallen würden.

Herr Büsing spricht sich für eine Verweisung an den AfUK aus. Es sei wichtig, dass die Satzung umgesetzt werde und nicht wie.

Frau Schröter stellt klar, dass der AfUK als Fachausschuss zuständig sei und nicht unmittelbar der Rat.

Herr Prof. Dr. Öztürk kann die Argumente für beide Seiten nachvollziehen. Es spricht sich für eine Verweisung an den AfUK aus.

Frau Pfaff merkt an, dass in Gadderbaum für ein Bauprojekt 64 Bäume gefällt worden seien.

Herr Henrichsmeier teilt mit, dass er ein großer Baumliebhaber sei und viele Bäume auf seinem Hof hätte. Er habe die Baumschutzsatzung seinerzeit miterlebt und damals seien viele Bäume vor Inkrafttreten der Satzung gefällt worden. Die Stadt müsse ein Vorbild sein und es müsse an die Bürger appelliert werden, die Bäume zu schützen, aber dies müsse ohne Zwang geschehen.

Herr Ridder-Wilkens spricht sich weiterhin für eine Verweisung der Petition direkt an den Rat, ohne Umweg an den Ausschuss aus.

Sodann stellt der Vorsitzende den Antrag der Fraktion Die Linke, die Petition direkt an den Rat zu verweisen, zur Abstimmung.

**Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.**

Sodann fasst der Bürgerausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Die Eingabe wird an den AfUK verwiesen.**

-bei sieben Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen-

-.-.-

**Zu Punkt 4.4**

**Stadtbahnverlängerung nach Großdornberg und zur Stadt Werther**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8094/2014-2020

Frau Schröter berichtet, dass die Eingabe in der BV Dornberg behandelt worden sei und die BV den Ausbau des Bielefelder Stadtbahnnetzes nach Großdornberg und perspektivisch zur Stadt Werther einstimmig begrüße.

Derzeit werde der Dritte Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld erstellt. Das beauftragte Gutachterbüro werde in diesem Zusammenhang die Verlängerung prüfen und bewerten. Selbst bei einem positiven Ergebnis sei aufgrund anderer Priorisierung (z. B. Stadtbahn Sennestadt, Stadtbahn Hillegossen, Bau von Hochbahnsteigen) in den kommenden Jahren jedoch nicht mit einer Realisierung der Stadtbahn nach Großdornberg und Werther zu rechnen.

Zuständigkeitshalber sei die Eingabe an den StEA zu verweisen.

Herr Jung unterstützt den Antrag, obwohl in den nächsten Jahren nicht mit einer Umsetzung zu rechnen sei.

Herr Dr. Neu erkundigt sich nach der bisher bestehenden Beschlusslage, und fragt nach der Rechtslage, da Werther zum Kreis Gütersloh gehöre.

Frau Viehmeister erläutert, dass die Beschlusslage seit 20 Jahren bestehe und alle paar Jahre bekräftigt werde. Mobiel habe eine Stadtbahn nach Werther geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass sie sich nicht lohnen würde. Die Trasse sei jedoch bis zur Stadtgrenze freigehalten. Die Stadt Werther befürworte eine Stadtbahnverlängerung.

Herr Prof. Dr. Öztürk befürwortet eine Verweisung an den StEA.

Herr Haemisch merkt an, dass die Arbeitsgruppe am heutigen Tag tagen würde und ein Antrag für den Weiterbau der Linie 4 vorliege. Die Verweisung an den StAE sei unnötig.

**Beschluss:**

**Die Eingabe wird an den StEA verwiesen.**

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

**Zu Punkt 5**

**Jahr der Demokratie - Anregungen des BA**

Herr Büsing regt an, dass der BA mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben solle. Die Sitzungen könnten an öffentlichen Plätzen stattfinden oder Ausschussmitglieder könnten von ihrer Arbeit in Schulen berichten. Die Bürgerbeteiligung laufe derzeit über die Verwaltung. Der Bürgerausschuss würde aufgewertet und zu einem Fachausschuss werden, wenn auch die Bürgerbeteiligung Aufgabe des Bürgerausschusses wäre.

Frau Pfaff schlägt vor, etwa zweimal im Jahr eine Art Stammtisch zu etablieren. Interessierte Bürger hätten so die Gelegenheit sich z. B. über den Ablauf zu informieren.

Herr Jung führt aus, dass es im Jahr 2019 auch viele Aktionen in den Bezirken gäbe. Über einen ausgewählten Bürgerantrag könne z. B. in dem entsprechenden Bezirk beraten werden.

Herr vom Braucke weist darauf hin, dass bei vielen Vorschlägen nur die Bürger erreicht würden, die ohnehin politisch interessiert seien. Die BV Jöllenbeck habe beschlossen, aus diesem Grund in die Schulen zu gehen.

Herr Prof. Dr. Öztürk möchte keine unausgereifene Idee umsetzen und von den Ideen der anderen Ausschüsse lernen.

Frau Pfaff merkt an, dass ein Besuch in den Schulen lange geplant werden müsse und vor dem Herbst nicht realisierbar sei.

Herr Büsing ergänzt, dass es keine einmalige Aktion sein solle, sondern zu einer nachhaltigen Änderung führen möge.

Der Ausschuss vereinbart, sich Gedanken zu machen und in der Sitzung am 09.07.2019 weiter zu beraten, damit im September eine Aktion durchgeführt werden könne.

-.-.-

## **Zu Punkt 6**

### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Der Bericht der Verwaltung wird aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben.

-.-.-

---

Gerhard Henrichsmeier

---

Katrin Steinkötter  
(Schriftführerin)